

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Veranstaltung:  
Tageblatt Rieser,  
Ferien Nr. 20,  
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptamts Meißner behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkontor:  
Dresden 1530.  
Verkaufsstelle:  
Rieser Nr. 52.

Nr. 111.

Donnerabend, 13. Mai 1933, abends.

86. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2,14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Papiere und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschreibzeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklamzeile 100 Gold-Pfennige; getraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erstreckt sich, wenn der Betrag verfällt, durch die Grundlage für die Büroführung am Nachmittag ab. Vor dem Büro der Kontierung teilt dann der abgehende Vertreter zunächst mit, daß die Privatgesprächen der Großmächte zu keinem Ergebnis geführt hätten. Adolphi hat hinzu, die deutsche Vertretung habe es in keiner Phase der Verhandlungen an der nötigen Bereitwilligkeit zu einer Übereinkunft fehlen lassen.

## Reichstag zum 17. Mai einberufen.

Hitler wird dem Ausland antworten.

### Die Freitagssitzung des Reichstages.

13. Berlin. Das Reichstagskabinett beschäftigte sich in seiner Sitzung am Freitag vormittag zunächst sehr ausführlich mit einem Gesetzentwurf zur Milderung strafrechtlicher Vorschriften, die durch die politische und geistige Umstellung notwendig geworden sind, ohne die Beratungen endgültig zum Abschluß zu bringen. Wie wir hören, handelt es sich dabei um eine große Anzahl Paragrafen des Strafgesetzbuches, u. a. um die Bestimmungen über Verbrechen, über Abtreibung, Aidermishandlung, Tierquälerei usw., nicht aber um die Strafbestimmungen gegen politische Verbrechen. Ferner verabschiedete das Reichskabinett ein vom Reichswirtschaftsminister vorgeschlagenes Gesetz über Zweckparunternehmungen.

Dann begann eine Aussprache über die politische und wirtschaftspolitische Lage, wie sie sich durch die letzten Vorkämpfe in Genf und mit Rücksicht auf die Verhandlungen des Reichstagspräsidenten Dr. Schacht in Washington und mit Rücksicht auf die wegen der bevorstehenden Weltwirtschaftskonferenz zu fallenden Beschlüsse ergibt. Diese Aussprache wurde nach einer Mittagspause fortgesetzt.

In der Nachmittagsitzung, an der auch die inzwischen mit Kinnegau eingetroffenen Reichswehrminister Blomberg und Reichsluftfahrtminister Göring teilnahmen, sprach zunächst Reichsaußenminister v. Neurath über die Lage in Genf, worauf Reichstagskanzler Hitler zu der politischen Lage im allgemeinen Stellung nahm.

### Reichstag zum 17. Mai einberufen. Tagesordnung: Genf.

13. Berlin. Im Anschluß an die Beratungen des Reichstagskabinetts über die außenpolitische Lage hat Reichstagspräsident Göring im Einvernehmen mit dem Reichstagskanzler den Reichstag für Mittwoch, den 17. Mai, nachmittags 8 Uhr, einberufen.

Zweifellos liegt der Anlaß für diese plötzliche Einberufung des Reichstages in dem am Donnerstag von dem Ausschuss der Abrüstungskonferenz in Genf gefassten Beschlüssen, wonach die deutschen Wehrverbände mit zu den aktiven Truppen gerechnet werden sollen. Es ist selbstverständlich, daß die Reichsregierung einen solchen Beschlus nicht schweigend hinnehmen kann. Der Verlauf der Genfer Verhandlungen hat ja gezeigt, daß dort eine Atmosphäre herrscht, die den anderen die Ohren und die Vernunft für jedes eindringliche deutsche Wort verstopft. So ist es verständlich, daß die Reichsregierung einen anderen Weg wählt, um eindringlich zu der ganzen Welt zu sprechen. Den Reichstag wird man als das geeignete Forum für eine solche Kundgebung anerkennen müssen, denn jedes bedeutende Wort, das dort gesprochen wird, dringt nicht nur an das Ohr eines jeden Deutschen, auch die fremden Diplomaten und vor allem die ausländische Presse müssen ja an großen Reichstagsdebatten teilnehmen und müssen auf das Wort des deutschen Führers hören, ob sie wollen oder nicht. Man darf wohl annehmen, daß die in der Tagesordnung vorgesehene Regierungserklärung vom Reichstagskanzler Adolf Hitler selbst abgegeben wird. Die Fraktionen des Reichstages werden es sich kaum nehmen lassen, gleichfalls ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen. Weitere Vermutungen über den Verlauf der Reichstags-Sitzung anzustellen, ist zur Zeit noch nicht möglich, denn das wird sich aus den internen Beratungen der Fraktionen ergeben, die vor der Reichstagsöffnung noch stattfinden dürften. Es ist aber heute schon nicht zweifelhaft, daß diese Tagung des Reichstages für die Regierung der nationalen Erhebung gestalten wird. Für die Form dieser Kundgebung wird es keiner Überlegungen bedürfen, sie wird sich aus der einstimmigen Auffassung der Volksvertreter selbst sehr schnell ergeben.

### Adolf Hitler spricht im Reichstag

Die plötzliche Einberufung des Reichstages hat allgemein lebhaften Ausbruch ausgelöst, insbesondere im Ausland. Wie jetzt feststeht, wird die Regierung vor dem Reichstag zu den Genfer Verhandlungen und auch zur gesamten außenpolitischen Lage Stellung nehmen. Reichstagskanzler Adolf Hitler wird selbst sprechen. Den Reichstag dürfte man gewählt haben, weil eine Erklärung in Genf nicht die Beachtung finden würde, die eine Erklärung vor der deutschen Volksvertretung findet, zumal an der Reichstagsöffnung auch das diplomatische Korps in solchen Fällen teilzunehmen pflegt. Nicht nur die Genfer Verhandlungen, sondern auch die unberechtigten Angriffe im englischen Oberhaus, die alle bisherigen Angriffe noch weit übertreffen, zwingen die Reichsregierung zu einer Verteidigung. Die Regierung kann zu derartigen unberechtigten feindseligen Maßnahmen gegen Deutschland nicht mehr schweigen.

### Leichte Entspannung in Genf.

Hendersons Vermittlungsvorschlag angenommen. — England will den Bruch vermeiden.

13. Berlin. Am Freitag vormittag fand in Genf eine Unterredung zwischen dem Führer der deutschen Delegation, Reichsminister Adolphi, und dem Präsidenten der Abrüstungskonferenz, Henderson, statt, die die Grundlage für die Büroführung am Nachmittag abgab. Vor dem Büro der Kontierung teilt dann der abgehende Vertreter zunächst mit, daß die Privatgesprächen der Großmächte zu keinem Ergebnis geführt hätten. Adolphi hat hinzu, die deutsche Vertretung habe es in keiner Phase der Verhandlungen an der nötigen Bereitwilligkeit zu einer Übereinkunft fehlen lassen.

Henderson schlug vor, in der Generalkommission nunmehr die Effektivität und die Materialfrage gemeinsam zu behandeln, ohne daß Änderungsanträge zu den einzelnen Punkten dieser Probleme eingebracht würden. Dieser Vorschlag wurde einstimmig angenommen und die Generalkommission wird am Montag nachmittags zusammentreten.

Dah die Verhandlungen weitergehen, ändert natürlich nichts an der Empörung, die die Verhandlungsmethoden der letzten Tage in Deutschland hervorgerufen haben. Im übrigen kann sich jeden Tag von neuem dieselbe Situation ergeben wie am Mittwoch und Donnerstag, wo man mit Deutschland ultimativ zu verhandeln suchte. Der Effektive Ausschuss will übrigens vorläufig das heiße Eisen der Wehrverbände nicht antasten. Seine Beschlüsse werden auch noch der Generalkommission vorgelegt, wo die deutschen Vertreter Gelegenheit haben werden, ihren Standpunkt noch einmal zur Geltung zu bringen.

### Tendenziöse Erklärungen Paul-Boncour vor der Presse.

13. Paris. Außenminister Paul-Boncour empfing gestern mittag die Vertreter der am Quai d'Orsay akkreditierten Presse. Er wies auf die Bedeutung der Vorgänge in Genf und die Erklärungen von Lord Halifax hin und gab im Anschluß daran eine Erklärung ab, die nach Savas u. a. folgendermaßen lautet:

Seit zwei Wochen wird, wenn auch in dem beschränkten Rahmen des Effektivkomitees, in Genf ein wichtiger Kampf geführt. Ich habe tagtäglich mehrmals in direkter telephonischer Verbindung mit Halifax und seinen Mitarbeitern, deren nächtliche Bemühungen ich nicht genug rühmend hervorheben kann. Der englische Delegierte, mein Freund Eden, hat ihnen seine lokale Unterstützung gewährt. Meinerseits kam aus dem englischen Oberhaus ein Echo. Sie haben die dort abgegebenen Erklärungen gelesen, sowie die Anerkennung, die Lord Cecil der Weltöffentlichkeit sollte, mit der Frankreich seit mehreren Monaten die Vorgänge in Deutschland aufnahm, und seiner Bemühung, den Mißerfolg der Abrüstungskonferenz zu vermeiden. Oben diese Haltung habe ich neulich im Senat angenommen. Sie fand die Billigung des Senats. Auch das Verhalten der französischen Delegation an der Abrüstungskonferenz wird dadurch gerechtfertigt. Man hätte ihr unter den verschiedenen aufeinanderfolgenden Regierungen vorzuziehen, nicht die Alten über Deutschlands Räumungen zu öffnen. Aber wie ich erklärt habe: es genügt nicht, gute Absichten zu besitzen, sondern man muß auch die Stunde wählen, in der man sie plädiert. Wir haben seit langem diese Stunde festgesetzt. Erst wenn die Frage der Effektivbestände zur Erörterung kam, konnte unsere Beweisführung Aussicht haben, die Wehrer zu freizugehen und positive Ergebnisse zu zeitigen. Heute ist das eine vollkommene Tatsache. Hinsichtlich der internationalen Schupo und hinsichtlich des militärischen Charakters der deutschen Formationen hat sich eine Wehrheit zugunsten unserer Tese ausgesprochen. England steht auf unserer Seite, um dies zum Ausdruck zu bringen und um hinzuzufügen, daß, wenn infolge der intransigenten Haltung Deutschlands die Konferenz nicht zu einem allgemeinen Abkommen über die Abrüstung führen sollte, der Versäuer Vertrag weiterhin zur Anwendung kommen würde. Zum Schluß erklärte Paul-Boncour auf eine Frage über den Vizepräsidenten und die Washingtoner Verhandlungen, daß die Besprechungen mit Italien in einer günstigen Atmosphäre fortgeführt würden und daß er dem französischen Botschafter in Washington die notwendige Anweisung gegeben habe, auf diplomatischem Wege die von Herriot begonnenen Besprechungen fortzusetzen.

### Befremden in Berliner politischen Kreisen.

13. Berlin. Die Erklärungen Paul-Boncour über die Genfer Vorgänge haben in Berliner politischen Kreisen lebhaftes Befremden erregt. Hinsichtlich der von dem französischen Außenminister erwähnten internationalen Schupo

muss wiederum daran erinnert werden, daß die Organisationsformen der Schupo von der Vorkonferenz festgelegt worden sind, sich Frankreich also an dieses von ihm selbst geleitete Gremium zu wenden hätte, nicht aber an ein Komitee der Abrüstungskonferenz, das hierüber nicht an Gericht sitzen kann. Wenn Paul-Boncour jetzt daneben auf den französischen geheimen Dossier auch noch die Wehrverbände hat aufsteigen lassen, so hat er damit wohl niemandem eine Sensation bereitet, kann doch jeder Fremde sich täglich davon überzeugen, daß sie keine Waffen führen.

Die Ausführungen des französischen Außenministers erwecken im übrigen nicht den Eindruck, als ob angesichts der gespannten Genfer Lage in Paris der Wunsch bestünde, seinerseits etwas zur Entspannung der Lage beizutragen, im Gegenteil weist er auf die Überausrede des englischen Kriegsministers und anderer hin, die bereits in der deutschen Presse hinreichend charakterisiert sind. Es wird der Zeitpunkt kommen, wo Frankreich Farbe bekennen und auf seiner eigenen vertraglichen Verpflichtung abzurufen, unambivalentig wird Stellung nehmen müssen.

### Ein Vermittlungsvorschlag Hendersons angenommen.

13. Genf. Die gestrige Sitzung des erweiterten Präsidiums der Abrüstungskonferenz endete nach ganz kurzer Debatte mit einem einstimmig zustande gekommenen Beschlus, der die Konferenz zunächst einmal wieder über den toten Punkt, auf dem sie angelangt war, hinwegbringt. Henderson machte den Vermittlungsvorschlag, daß der Hauptausschuss der Abrüstungskonferenz am Montag zusammentreten soll, um eine vorläufige allgemeine Ansprache über die Bestimmungen des englischen Entwurfes, die von dem Kriegsmaterial handeln, vorzunehmen. Im Verlaufe dieser Diskussion sollen keine Abänderungsvorschläge gemacht werden. An die Ausführungen des Präsidenten schloß sich eine kurze Ansprache an, in der der deutsche Delegierte, Reichsminister Adolphi, mit Nachdruck betonte, daß die deutsche Delegation positiv und mit bestem Willen wie bisher an den Arbeiten der Konferenz teilnehmen werde.

Der französische Vertreter, Raffalli, erklärte, nach Ansicht der französischen Delegation müßte die Aussprache so umfassend wie möglich und unter Berücksichtigung aller Realitäten auch außerhalb der Konferenz vor sich gehen. — Henderson erwähnte noch, daß hinsichtlich der Abrüstungskontrolle weitgehende Vorschläge im Sinne der amerikanischen Wünsche zu erwarten seien. Er schloß in ziemlich optimistischem Ton und betonte, daß die Konferenz bis Anfang Juni zu einem positiven Ergebnis gebracht werden soll. Es ist zweifellos, daß durch diesen Beschlus des Präsidiums zunächst eine gewisse Entspannung auf der Abrüstungskonferenz eingetreten ist, wenn man sich auch nicht darüber täuschen darf, daß die sachlichen Wesenszüge hierdurch nicht behoben worden sind. Trotz der ungläublichen Stimmungsmache, die man hier in Genf in den letzten Tagen gegen Deutschland betrieben hat, hat man in letzter Stunde eingelenkt und sich gehütet, den Streit bis zum Ankerhaken zu treiben.

Durch den vom Präsidium angenommenen Vorschlag Hendersons, die Kriegsmaterialfrage zu diskutieren, ist man einer Forderung der deutschen Delegation entgegen gekommen. Es wäre aber vollkommen verfehlt, die weitere Entwicklung heute schon irgendwie optimistisch zu beurteilen. Die grundsätzlichen Entscheidungen stehen noch bevor. Neue Schwierigkeiten würden sich zweifellos ergeben, wenn, wie verkannt, jetzt der Gedanke erwogen wird, die Laufzeit der Konvention, die im englischen Plan auf 5 Jahre vorgesehene ist, um weitere 5 Jahre zu verlängern.

### Nadolny kommt nach Berlin.

13. Genf. Der Präsident der deutschen Abrüstungskonferenz, Reichsminister Adolphi, begibt sich am nächsten Montag für einige Tage nach Berlin, um der Reichsregierung Bericht über die Lage auf der Abrüstungskonferenz zu erstatten. Der deutsche Delegationsführer wird am Donnerstag oder Freitag wieder nach Genf zurückkehren.

### Starker Eindruck in Genf

Auf der Abrüstungskonferenz rief die Nachricht von der Einberufung des Reichstages einen außerordentlich starken Eindruck hervor. Es wird allgemein als ein geschickter politischer Schachzug bewertet, daß die Reichsregierung sich des Reichstages bedient, um vor aller Welt ihre Auffassung über die Vorgänge in Genf kundzutun.